

GUTACHTEN ZUR STAATSREFORM

Mitglieder in Regierung und Parlament,
Sehr geehrte Bürger und Bürgerinnen der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Ein Gutachten zur sechsten Staatsreform.

Meine Damen und Herren,

Vorab etwas Grundlegendes zur Position unserer Fraktion in dieser Angelegenheit. Unseren Standpunkt haben wir klar und unmissverständlich am 27-06-2011 hier im Hause dargelegt.

Anscheinend so klar, dass der Ministerpräsident uns nicht einmal zu einem Gespräch, wie er es mit den anderen Parteien geführt hat, eingeladen hat. Unsere Botschaft ist also angekommen.

Dieses in der Regierungserklärung erwähnte 5 Parteien-Gespräch hat also unter Ausschluss von Vivant stattgefunden. Gut, das ist eine Sache.

Nur, zu sagen dass es sich hierbei um die verantwortungsbewussten und bereiten Mitglieder handelt – ist was anderes.

- Ist es verantwortungsbewusst zu allem Ja und Amen zu sagen was uns von Brüssel vorgelegt wird, als Beispiel der ESM oder die EU Freihandelsabkommen?
- Ist es verantwortungsbewusst eine Staatsreform gutzuheißen, welche aufgrund des Drucks der EU, den Sparzwang in belgisches Gesetz mit einbaut?
- Ist es verantwortungsbewusst, weiterhin vom belgischen Steuerzahler mehr zu fordern, obwohl dieser bereits zu dem am höchsten besteuerten Mitgliedern seiner Art gehört.

Nein, meine Damen und Herren –
Das ist verantwortungslos –

Oft werden ja hier die Außenbeziehungen der DG angesprochen und zu Recht kritisiert – viel zu wenig reden wir jedoch über Inlandsbeziehungen der DG. Hierzu eine passende Anekdote – wohin Ihre Inlands-Politik in Belgien führt.

Vor zwei Monaten war ich bei einem Bekannten im flämischen Gent. Wir besuchten einen regionalen Wochenmarkt, und kamen mit einigen Bürgern ins Gespräch. Ein etwas älterer Mann reagierte sofort als er hörte, dass ich aus Ostbelgien komme und sagte: „Wart ihr das nicht, die einen Interessenkonflikt gegen uns Flamen angezettelt hatten, damals wegen BHV.“
Der Mann hatte das nicht vergessen.

Sie erinnern sich, wir hatten damals davor gewarnt, und Vivant hatte gegen diesen Interessenkonflikt gestimmt. Denn es ging uns, hier in der DG nichts an, und abgesehen davon hatte es ja auch bekanntlich nichts gebracht.

Sie haben dies jedoch immer verteidigt.

Erinnert Sie sich noch an die Kranzniederlegung von flämischen Aktivisten hier vor dem Gebäude, Bilder welche im Inland für Unverständnis gesorgt haben.

GUTACHTEN ZUR STAATSREFORM

Die DG hätte sich damals daraus halten müssen.
Man fängt keinen unnötigen Stress an mit der größten Bevölkerungsgruppe im eigenen Land.

Dann das Verhältnis zur Wallonie.

Sie erinnern sich sicherlich wie der Kammerpräsident, Flahaut ein bekanntes PS Mitglied, in einem GE Interview vor zwei Jahren sagte, aufgrund einer Nachfrage des Journalisten bezüglich der 4. Region.

Die DG solle »aus pragmatischen Erwägungen« lieber auf Kooperationsabkommen mit anderen Teilstaaten setzen:

»Das ist kostengünstiger«, meinte Flahaut –

Und das sagt ein Sozialist –

In einem BRF Interview, bemerkte er sogar zum gleichen Thema:

„Das man zurzeit andere Probleme habe...“

Meine Damen und Herren,

Diese Aussagen verdeutlichen eins –

Das Verhältnis der DG zu anderen Landesteilen - ist zurzeit nicht besonders –

Auch die schleppenden Verhandlungen mit der wallonischen Region verdeutlichen dies.

Und ich möchte ihnen ein Bild mitgeben – welche eine kleine aber deutliche Symbolik darstellt.

Wenn in Brüssel ein Arbeitstreffen der verschiedenen Ministerpräsidenten bei der Föderalregierung stattfindet und die verschiedenen Minister kommen mir ihren Chauffeuren und Fahrzeugen an. Dann muss der aufmerksame Beobachter feststellen, dass der Ministerpräsident des kleinsten Gliedstaates, mit einem größeren und weit aus teurerem Fahrzeug vorfährt als der Premierminister des ganzen Landes. Herr Lambert wird in seinem teuren A8 vorgefahren und Herr Di Rupo in einem kleineren A6 – und das passt ganz einfach nicht.

Und dieses Bild, stimmt nicht nur mich nachdenklich, sondern stößt vielen im Inland auf.

Was glauben Sie denn, wenn in einigen Wochen Vertreter anderer Gemeinschaften Euren Prunkbau am Kehrweg erblicken, was dann in der nationalen Presse geschrieben steht.

Das wird keine Werbung für die DG - Und das in Krisenzeiten –

Wo Maßhalten die Prämisse sein sollte -

Und nun in diesem Gutachten auch noch den berühmten Satz, zu wiederholen.

Die DG ist bereit gewillt und in der Lage ist, mit jeweils angemessenen Finanzmitteln oder Finanzierungsmöglichkeiten alle Zuständigkeiten wahrzunehmen,...usw.

Ich frage Sie hierzu:

Was bedeuten: Angemessene Finanzmittel –

Erstens durch die Staatsreform und durch den Fiskalpakt werden die Mittel der Gemeinschaft, knapper bekanntlich werde gerade einmal 87 % der Mittel mit den Zuständigkeiten an die Teilstaaten übertragen. Dies hat auch mit der EU Gesetzgebung zu tun.

GUTACHTEN ZUR STAATSREFORM

Und Belgien muss weiter sparen, die Föderalregierung zieht sogar in Erwägung erneut Tafelsilber zu verkaufen, in Form von Firmenbeteiligungen.

Wo soll also weiter Geld herkommen?

Ja, die Provinzbefugnisse, hier stimmen ich einmal der ProDG, aber auch nur in Ansätzen zu, denn dann fehlt volkswirtschaftlich das Geld an anderer Stelle.

Und bekanntlich erhält die DG, von anderen Landesteilen, weitaus mehr als hier selbst an Steueraufkommen erwirtschaftet wird.

Und bereits heute, stehen wir uns mit dem bestehenden Finanzierungsgesetz nicht schlecht, wir erhalten prozentual weitaus mehr als andere Gemeinschaften. Es wäre also klug Bescheidenheit zu zeigen anstatt überzogene Forderungen zu stellen.

Dann, Finanzierungsmöglichkeiten:

Hiermit meinen Sie wahrscheinlich die Möglichkeit Steuern eigenhändig zu erheben.

Meine Damen und Herren,

damit die Träume einer 4. Region Wirklichkeit werden - soll der Bürger dann noch weiter zur Kasse gebeten werden.

Wir können nur hoffen, dass niemand in Brüssel und Namur dies wörtlich nimmt, und dann auch noch umsetzt.

Einige Sätze weiter etwas diskreter ein interessanter Nebensatz.

Hier heißt es, bezüglich der Anpassung des Gesetzes zu den institutionellen

Reformen: „Dass die Anpassung unter der spezifischen Situation der

Deutschsprachigen Gemeinschaft erfolgen sollte,..“

Man ist sich also schon bewusst – dass eine Gleichschaltung so nicht geht.

Ich habe im Ausschuss mich im Zuhören geübt und mich nicht an dieser Diskussion beteiligt.

Interessant war, dass einige Mitglieder schon anmerkten:

„Vorsicht, wir müssen Acht geben wie wir dies formulieren...“

Man kann nicht fordern, gleich zu sein, und dann anmerken dass wir aufgrund unserer Größe einen anderen prozentualen Verwaltungsaufwand haben.

Man ist sich also schon bewusst, dass dies politisch gewagt ist!

Das ganze Getöse um die 4. Region ist auch ein Spiel –

Und zwar ein sehr gewagtes, denn das kann auch in die Hose gehen.

Und dies wäre schade für die Autonomie!

Was wir brauchen, meine Damen und Herren,

ist Bescheidenheit und Maßhalten.

Wenn die ca. 200 Millionen Euro, welche die DG erhält, hier vernünftig verwaltet und investiert würden, dann wäre die Kultur-Autonomie, das Unterrichtswesen, der Sozial-Bereich, und die anderen Verantwortungsbereiche der Gemeinschaft auf gesunden finanziellen Beinen.

Dann ging es uns gut!

Aber es läuft halt anders, man will mit den Großen mitspielen.

Fährt eine größere Staatskarosse als der Premierminister, leistet sich 5 Chauffeure für 4 Minister – Baut Verwaltungsgebäude welche die Budgets sprengen, und feiert Feste die keiner braucht,...

GUTACHTEN ZUR STAATSREFORM

Vielleicht spielt hier die Vergangenheit der DG, eine größere Rolle als manche glauben, und vielleicht sind manche Wunden noch nicht verheilt.

Wenn in der Wallonie und in Flandern bekannt wäre, wie diese DG Regierung seit Jahren mit belgischen Steuergeldern umgeht, dann sollten wir hoffen, dass sie die Grundsatzerklärung von 2011 und dieses Gutachten nicht wörtlich nehmen.

Innenpolitisch hat die Mehrheit hier im Hause, der DG, in den letzten Jahren nicht immer etwas Gutes getan.

Das Gegenteil war manchmal der Fall.

Auch wenn er von Symbolen und Wappen spricht.

Das Wort des Bürgers auf der Straße ist für mich wichtiger als ein Wappen an einer Wand!

Und die Zeiten wo Wappen und Symbole von Bedeutung sind, sind hoffentlich vorbei.

Ja, ich muss dies erwähnen, weil ich oft den Eindruck habe, das Einige hier im Hause immer noch in der Vergangenheit leben.

Die Politik welche sie heute noch betreiben, eine Politik, wo es mehr um Symbole, mehr um Status, Posten, und um Hierarchien geht, vorbei am Bürger, diese Politik gehört schon morgen der Vergangenheit an.

Die Politik von morgen wird sich auf den Menschen konzentrieren!

Kollegen und Kolleginnen,

Die Vivant Fraktion empfiehlt den Autoren dieses Dokumentes, den zuständigen Finanzminister, darauf anzusprechen und zu hinterfragen was genau in den Gesprächen zwischen den verschiedenen Ministerpräsidenten bezüglich der Staatsreform und der Sanierung des Haushaltes angesprochen wurde und womit genau wir rechnen müssen.

Welche Rolle spielen hier die EU Sparzwänge?

Und was bedeutet es wenn diese, so wie er es in der Regierungserklärung erwähnte, in nationales Recht eingebaut werden?

Es geht hierbei nicht um eine Schuldenbremse – nein es geht um was anderes.

Meine Damen und Herren,

aus verantwortungsbewussten Gründen, und da wir für eine starke DG, eine starke Kultur-Autonomie und für einen starken finanziell unabhängigen Föderalstaat sind - wird die Vivant Fraktion gegen dieses Gutachten stimmen.

Michael Balter – Vivant-Fraktion
Plenum 23.09.2013